

# Der Courier.

## Hallische Zeitung

für Stadt



und Land.

In der Expedition des Hallischen Couriers (Verlag des Waisenhauses). — Redacteur Dr. H. A. Daniel.

N<sup>o</sup> 25.

Halle, Freitag den 16. Januar  
Erste Ausgabe.

1852.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt für Halle und unsere unmittelbaren Abnehmer 22 1/2 Sgr. Durch die resp. Post-Anstalten überall nur 26 1/4 Sgr. — Inserate werden, die dreispaltige Zeile oder deren Raum, mit 1 Sgr. berechnet.

Inhalt: Die Zukunft der nordalbingischen Herzogthümer II. — Tageschau. — Deutschland (Berlin, Wien, Sondershausen). — Frankreich (Paris). — Belgien (Brüssel). — Schweiz (Bern). — Italienische Staaten (Turin). — Türkei (Konstantinopel). — Vermischtes.

**Halle**, den 16. Januar. (Die Zukunft der nordalbingischen Herzogthümer II.) Die Lage der Dinge ist seit der Intervention Oesterreichs und Preußens schwierig, schwieriger fast als sie war, so lange mit der Schärfe des Schwertes die Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Was verlangen die Dänen? Schleswig ist ein für allemal von Holstein und somit von dem Einflusse Deutschlands abzulösen, es wird der eigentlichen dänischen Monarchie einverleibt; deshalb muß die Kirchen- und Gerichtssprache die dänische sein, deshalb wird die Zollschranke, die früher an die Elbe gestellt war, an die Eider gelegt, deswegen gehen die Schleswiger Konfessionsirren auf die dänischen Inseln und dänischen Schiffe. Holstein bleibt bei Deutschland, soweit nämlich, daß deutsch gesprochen wird; die Offiziere des Kontinents sind Dänen, die Flagggeiß ist dänisch, die Steuern sind dänische. Von dem, was beiden Herzogthümern gemein war, werden Universität, Appellationsgericht, ständische Institute auf Holstein allein verwiesen, nur das Zuchtthaus in Glückstadt und die Irrenanstalt in Schleswig bleiben für beide. Die Festung Rendsburg endlich wird mit dänischen Truppen besetzt. Dem gegenüber beschränken sich die deutschen Großmächte darauf, die Erhaltung des Socialargus der Ritterschaft, die gemeinsame Geltung der Universität Kiel, die Besetzung Rendsburg's durch Deutsche zu verlangen, die Duldung der deutschen Sprache und die Abstellung der Peinigungen in Schleswig zu wünschen: bis dem Genüge geleistet wird, bleiben die Occupationstruppen nordwärts von Hamburg.

So pflegen die Ansprüche formulirt zu werden, wenn es sich um ein Arrangement im Augenblicke handelt; und zweifelsohne würden die Dänen unverzüglich in die gebotene Hand einschlagen, wenn nichts weiter als ein günstiger Ausgang der sogenannten brennenden Fragen erreicht werden sollte. Allein es schlingen sich noch andere Fäden in den verwickelten Knäuel hinein. Die Dänen sind die Sieger, sie wollen ihre Position so ausbenten, daß sie bestimmte Vortheile für die Zukunft gewinnen. Wir sehen ab von dem Streite über die Grenzen, der im vorigen Jahre von einer besondern Kommission gefochten aber nicht zu Ende gebracht ist, da die Dänen der deutschen Ehrlichkeit und Gründlichkeit leichtfertige Unverschämtheit entgegensetzten; auch legen wir kein Gewicht darauf, ob Holstein die dänischen Schulden bezahlen helfen soll oder nicht. Wie aber steht es mit der Volksvertretung in den Herzogthümern? Holstein soll ständische Institutionen erhalten; was wird für Schleswig beabsichtigt, wenn es inkorporirt ist? Das Natürliche wäre, ihm dieselbe Verfassung zu geben, die die Inseln haben, die monarchisch-demokratische; allein dann müßte man auf entschieden deutsch-gestimmte Abgeordnete gefaßt sein, die auf dem Volkstheing sehr oft einen Ausschlag geben möchten, wie er nicht gewünscht wird. Selbst Esherning, Grundtvig, Clausen, die konsequentesten Demokraten sehen ein, daß sie sich damit eine Grube graben würden, und die Konservativen unter

Needy wünschen, von selbst nicht, daß auch Schleswig in der allgemeinen demokratischen Sündfluth untergehe. Andererseits aber müssen die Demokraten, welche noch immer im Staate die mächtigsten sind, darin, daß etwa Schleswig eine ständische Vertretung erhält, eine Verkümmern ihres Prinzips sehen, und für ihre Partei auf dem Reichstage fürchten; der wenig zahlreiche dänische Adel würde mit den Schleswigern ohne Weiteres zusammengehen, mit ihnen eine Macht werden, bedeutender, weil bewußter, als die Gesellschaft der Bligen, Koltke, Wille, welche vor 48 mit Orla Lehmann und andern Demokraten der Reibbahn kämpften. — Von viel drückenderer Schwere aber ist die Frage über die Erbfolge, welche, wenn sie bei jegigem Abschlusse übergangen werden sollte, in wenigen Jahren nur um so dorniger zu werden droht. Die Sache liegt so, daß nach dem Ableben des „volksühmlichen“ Königs Friedrich VII. sein Vaterbruder Ferdinand folgt. Mit dem Tode des Letzteren scheiden sich von Rechtswegen die Lande; in Dänemark erben die Descendenten der Schwester Ferdinands, Louise Charlotte, Landgräfin von Hessen-Kassel, in den Herzogthümern trotz der größten Schwabungen dänischer und der seltsamen Gutachten deutscher Professoren der Herzog von Augustenburg. Der Herzog ist so sehr deutsch und Aristokrat, daß die Dänen doppelten Grund haben ihn zu hassen und dennoch müssen sie befürchten, daß er ihnen nach ein Paar Jahren die Früchte ihres Sieges und des sauren Polizeiregiments in Schleswig aus den Händen nimmt. Um ihn zu beseitigen, demonstrieren sie deshalb an allen Höfen Europa's nach der Elle des Europäischen Gleichgewichts die Nothwendigkeit der dänischen Gesamtmonarchie; sie verkettern ihn als Rebellen; sie suchen ihn zur Nachgiebigkeit zu zwingen, indem sie ihm seine Einkünfte aus Affen und Gravenstein vorenthalten: — vergebens, er hat sich bis jetzt zu keiner Entfugung bewegen lassen. Obgleich der Prinz Christian von Glücksburg, der Schwiegerjohn jener Louise Charlotte, ohne irgend welches Verdienst — wie sie selbst sagen — zum dänischen Throne gelangen wird; so sind sie doch froh, einen passenden Lückenbüßer zu haben, und je weniger er ohne Fähigkeit ist, desto besser für die demokratische Verfassung. — Dies also ist es, was den Abschluß der Verhandlungen verzögert, nicht das eine oder andere Einzelne, sondern die unentwirrbare Zusammengehörigkeit aller jener Fragen; ein Handel, ähnlich dem um die spanische Erbfolge, von welchem Wilhelm von England sagte, daß ihn kein Advokat, sondern die Schneide des Schwertes fästlichen werde.

Da wir nicht auf dem pythischen Dreifuß sitzen, so werden unsere Leser nicht von uns erwarten, daß wir die Lösung dieses schwierigen Exempels in der Tasche haben. Wir können nur noch Einiges hinzufügen, was den endlichen Ausgang, welchen wir muthmaßen, wahrscheinlich macht. In Dänemark wird es eingestanden, und in Herzogthümern ist man sich dessen bewußt, daß die Inseln ohne Schleswig

und Holstein nichts sind: von diesen Ländern und vom Sundzoll lebt das dänische Budget. Umgekehrt haben allerdings die Herzogthümer keinen materiellen Nachtheil davon gehabt, daß sie mit den Inseln im Zusammenhange waren; sie waren die nächsten Absatzplätze ihrer Produkte; Flensburg machte unter dem Danebrog vortheilhafte außeruropäische Geschäfte, Kiel handelte unter derselben Flagge mit Erfolg nach Rußland und Schweden; indes ist in diesem Verhältnis nie eine Balance gewesen, sondern der Vortheil, welchen die deutschen Lande den Inseln brachten, hat stets überwogen, überwogen auch darin, daß der dänische Staat die deutschen Talente für seine Verwaltung, den reichen Holsteinischen Adel für seine Legationen ausbeutete.

Es ist demnach begreiflich, daß sich die Herzogthümer ohne Anstand von der Gemeinschaft mit Jenen trennen konnten: es ist ebenso begreiflich, daß die Dänen ihre Vorrathskammer nicht loslassen, ihre Stütze nicht verlieren wollen. Nur das Wie des längeren Bestehens ist fraglich. Die sogenannten Eiderdänen verlangen allein Schleswig, dies aber ganz; sie haben damit das reiche Angeln und die fetten friesischen Marschen in Eiderstedt, außerdem die Inseln, von denen sie ihre Matrosen holen. Die Männer vom Gesamtstaate geben Holstein nicht auf, sondern sind geneigt zu seinen Gunsten auch Schleswig etwas Deutschthum zu gewähren. Vom politischen Standpunkte sind die Eiderer im Rechte; ihr Prinzip ist das einzig haltbare, der Knoten ist durchgehauen, wenn es möglich ist Schleswig zu dänisieren. Aber dies ist eben nicht möglich. Das deutsche Wesen ist dem dänischen so überlegen, der Deutsche ist so sehr der Gebildetere, Reichere, Anstelligere, daß deutsche Sprache und Gesittung unmerkbar zwar doch sicher immer weiter nach Norden dringt. Es hat sich als unausführbar herausgestellt, eine Seeverbindung zwischen England und Jütland zu etabliren, es ist ebenso unendlich den Hafen von Husum brauchbar zu machen; dagegen wäre Jütland in wenig Decennien deutsch, wenn das dänische Gouvernement eine Eisenbahn von Rendsburg nach den Norden gestattet hätte.

Was wird nach allem diesem das Ende sein? Der Riß ist da; die Wunden, welche nicht der Krieg aber die kalte berechnende Grausamkeit den deutschen Herzen geschlagen, vergiftet kein „kommor Holste, kein harter Griefe.“ Es wird so nicht bleiben. Vor der Hand zwar werden die Dänen die Unterhandlungen noch immer in die Länge ziehen; sie werden scheinbar Concessionen machen, um die Occupationstruppen loszuwerden; sie werden Holstein, geringer vielleicht als Schleswig, überschwebmen. Sie werden die Menschen peinigen, gleichviel ob unter dem Gouvernement des jaghaften Criminal oder des verbiessenen Carl Moltke. Aber sie werden das Volk im Großen und Ganzen sich nimmer unterwerfen. Nach dem Tode der nächsten beiden Könige von Dänemark wird sich die Frage entscheiden, ob Deutschland einen seiner besten Stämme von sich abschneiden läßt.

Zu ernsthaft hat's angefangen, um in nichts zu enden.

Der „Staats-Anzeiger“ bringt die Ernennung des Generals von Bonin zum Kriegsminister.

Wie zu vermuthen ist in der Sitzung der Zweiten Kammer am 13. das Amendement Neyern mit 21 Stimmen Majorität durchgegangen. Die Kreuzzeitung setzt die Polemik gegen das ministerielle Verfahren in dieser Sache fort.

Die Geschwornen-Gerichte sind bei dem Bundestage noch nicht zur Sprache gekommen.

Zu Sondershausen wird der Landrath v. Münchhausen in Weiskense wahrscheinlich Chops Nachfolger.

Ganz Rendsburg soll als deutsche Festung betrachtet und erhalten werden.

Die napoleonischen Verbannungs-Decrete, „die trockne Guillotine“, wie man sie nennt, machen doch böses Blut. Die Verhältnisse zu den auswärtigen Mächten werden täglich trüber.

In Paris erwartet man nächstens auch eine Ausweisung oder Deportation vieler Legitimisten, zumal da diese politische Fraction sich von dem Präsidenten zurückziehen beginnt und — wie man der Kreuzzeitung schreibt — „den Präsidenten und die Fürstin Demidoff ihre Cigarren allein rauchen läßt“.

Zu Constantinopel dauernde Reibung über die Rechte der verschiedenen Kirchen an den heiligen Orten in Palästina.

## Deutschland.

Der „Preussische Staats-Anzeiger“ vom 15. Januar enthält Folgendes:

Se. Majestät der König haben Allergnädigt geruht:

Dem Ober-Stallmeister und General-Major außer Dienst, Freiherrn von Brandenstein, das Kreuz der Groß-Komthure des Hohenzollernschen Haus-Ordens zu verleihen;

Dem General-Major von Bonin, Kommandeur der 16ten Division, zum Staats- und Kriegs-Minister;

Den bei dem Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten als Hülfсарbeiter fungirenden Geheimen Rechnungsrath Kühenthal zum Geheimen Regierungsrath mit dem Range eines Ministerialraths dritter Klasse;

Den bisherigen Appellationsgerichts-Rath Dr. Becker zu Justerburg zum zweiten Direktor des Stadtgerichts zu Königsberg; so wie

Den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor und Kreis-Justiz-Rath Bau zu Schrimm zum Direktor des dortigen Kreisgerichts zu ernennen; und

Dem bei Allerhöchster Hofmarschall-Amt angestellten Hof-Staats-Sekretär und Rentanten Gustav Dohme, den Titel als Hofrath zu verleihen.

Das 1ste Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter

Nr. 3474. den Allerhöchsten Erlaß vom 28. November 1851, betreffend die nachträgliche Heranziehung der als Ernährer ihrer Familie bei den Erlaß-Aushebungen dreimal zurückgestellten und in Folge dessen der allgemeinen Erlaß-Reserve überwiesenen Individuen zum Dienst im stehenden Heere, wenn sie den Zweck der ihnen gewordenen Berücksichtigung nicht erfüllen; unter

3475. das Statut des Mühlberger Deichverbandes. Vom 29. November 1851, und unter

3476. den Allerhöchsten Erlaß vom 29. November 1851, betreffend die Erhebung des Chauffeegeldes auf den Chauffeen von Montjoie über Höben und Schönefeyßen nach Schleiden und vom Dorfe Gerhahn über Dreibern nach Schönefeyßen.

Berlin, den 15. Januar 1852.

Debits-Comtoir der Gesefsammlung.

Der bisherige Kreisrichter Plaumann ist zum Rechtsanwalt im Bezirke des Kreisgerichts zu Wohlau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Steinau und zugleich zum Notar im Departement des Königlichen Appellations-Gerichts zu Breslau, vom 1. April d. J. ab, ernannt worden.

Bei der heute angefangenen Ziehung der 1sten Klasse 105ter Königlich-er Klassen-Lotterie fiel der Hauptgewinn von 5000 Thlr. auf Nr. 31,626; 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 77,853; 2 Gewinne zu 500 Thlr. fielen auf Nr. 15,081 und 72,680, und 3 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 27,256, 29,721 und 36,432.

Berlin, den 14. Januar 1852.

Königliche General-Lotterie-Direktion.

Berlin, den 14. Januar. Von mehreren Seiten laufen jetzt bei den Kammern Petitionen ein, welche auf die Nothwendigkeit einer Gesammtrevision der Verfassung hinweisen. Bei einigen dieser Anträge scheinen die Urheber sich selbst nicht recht klar gemacht zu haben, was sie verlangen. Eine Revision ins Unbestimmte hinein ist sicherlich das am wenigsten Wünschenswerthe. Die letzten Jahre haben uns eine so reiche Fülle politischer Experimente gebracht, daß wir nachgerade vorsichtig in der Veränderung bestehender Einrichtungen werden und nur die Beseitigung der wirklich als dringend herausgestellten Mängel betreiben sollten. Was die Erfahrung nach geuener Einsicht als mangelhaft und bedenklich in der Verfassung aufzeigt, das muß allerdings verbessert werden. Zu diesem Ende bedarf es aber genau formulirter, wohlbegündeter Anträge in Bezug auf die Revision einzelner Verfassungsbestimmungen, wie sie zum Theil aus dem Schooße der Kammer selbst bereits hervorgegangen sind. Der unbestimmte Wunsch nach einem durchgreifenden Umbau kann die Sache nicht fördern und dient den auf die specielle Revision gerichteten Bestrebungen gerade nicht zur Unterstützung. (N. Nr. 3.)

— Hätte die Regierung gegenüber dem Claassen'schen und Bünke'schen Antrage diejenige Stellung eingenommen, welche wir allein für die richtige halten können, d. h. hätte sie erklärt, wie sie sich zwar auf das Entschiedenste dagegen verhalten müsse, daß die Kammer ihrem einseitigen Votum irgend eine rechtsverbindliche Kraft beilege, oder gar sich beikommen ließe, einzelne Fälle endgültig entscheiden zu wollen, nichtsbefehender aber schon im Interesse des Gesetzes und zu ihrer eigenen Belehrung der Kammer das Recht nicht verschranken wolle, ihre Ansicht über die gegenwärtige Lage der Gesefgebung auszusprechen: so wäre es unmöglich gewesen, daß die Regierung aus der gestrigen Abstimmung, dieselbe mochte ausfallen, wie sie wollte, nicht als Siegerin hervorgegangen wäre. Umgekehrt freilich konnte die Diskussion, wenn gleich das der Regierung günstigste Amendement Annahme gefunden, nur mit dem Beigeschmack einer Niederlage schließen. Die Gründe aber, die uns bestimmen, die Stellung der Regierung als eine unrichtige zu bezeichnen, sind genauer folgende. Einmal halten wir es überhaupt nicht für politisch weise, in einer gerechten Sache auch nur den Schein auf sich zu nehmen, als ob man die Deffentlichkeit und eine gründliche Erörterung mehr scheue, als wünsche. Sodann halten wir es principiell für unrichtig, wenn die Regierung sich durch die feindseligen Motive und Tendenzen einzelner Kammermitglieder bestimmen läßt, die Kammer als Ganzes und a priori als ihren Gegner, und nicht vielmehr als ihre Gehilfin zu behandeln. Es ist dies nichts Anderes als die Wiederholung desselben Fehlers, dessen sich die Kammern schuldig machen, wenn sie ihre Hauptaufgabe in dem Mißtrauen und Gegensatz gegen die Regierung finden. Drittens finden wir das Recht, welches die zweite Kammer in dem vorliegenden Falle in Anspruch genommen hat, nämlich das Recht, sich über die Gesef- und Verfassungsmäßigkeit des Verfahrens der Minister auszusprechen zu dürfen, in der Verfassung ausdrücklich begründet, und wenn wir auch die Verfassung weder gemacht noch beschworen, und wenn wir Mandates darin finden, was wir gern beseitigt sähen, wir dürfen uns bis dahin, daß die wünschenswerthen Veränderungen auf verfassungsmäßigem Wege bewirkt worden, der Verpflichtung nicht entziehen, jede, auch die kleinste Bestimmung der Verfassung „gewissenhaft zu beobachten“ und dürfen hier nicht verschweigen, daß wir unserer Seite die nächste und größte Gefahr weniger in einem be sorglichen Uebergewicht der Kammern als in der Zeitströmung zum Des-

potismus finden, weshalb wir auch unserer Seite nur wenig geneigt sind, die Befestigung einer moralischen Controle der Kammern zu wünschen. (N. Br. 3.)

**Berlin, den 14. Januar.** In Betreff der schleswig-holsteinischen Grenz-Regulierung hört die „Sp. Z.“, daß eine Scheidung der Festung Rendsburg in einen deutschen und einen dänischen Theil — welche Seite des Dänemarks befanntlich beansprucht wurde — nicht stattfinden und demgemäß die ganze Festung Rendsburg eine rein deutsche Festung bleiben soll.

Der „Pr. Ztg.“ schreibt man aus Frankfurt: Mehrere Zeitungen haben behauptet, daß Anträge wegen Modifizierung der Geschwornengerichte in Deutschland beim Bundestage vorbereitet würden, und ist in dieser Beziehung namentlich auf Herrn Passenflug als Autor hingewiesen. Möglich, daß man sich kühnheitsvoller mit dergleichen Absichten beschäftigt, indessen ist sicheres Vernehmen nach beim Bundestage selbst bisher noch kein derartiger Antrag zur Sprache gekommen. Eben so ungegründet ist die Nachricht, daß die von der Bundesversammlung in der englischen Flüchtlingefrage beschlossene Note nicht abgesandt sei. Es wird uns vielmehr auf das Bestimmteste mitgeteilt, daß Lord Cowley dieselbe bei seiner Abreise von Frankfurt nach London mitgenommen und dem auswärtigen Amte überreicht habe.

Die „Sp. Ztg.“ erfährt aus Brüssel, daß besondere Verhandlungen mit dem englischen Kabinete vorangegangen sind, ehe die belgische Regierung sich entschloß, einem Theile der antimonarchistischen Emigranten aus Frankreich und der von Paris Ausgewiesenen den ungehinderten Aufenthalt im Lande zu gestatten.

Es ist jetzt, schreibt die „B. Z.“, von einem Antrage auf die Ernennung eines römisch-katholischen Bischofes von Berlin die Rede. Die Motivierung des Antrages stützt sich auf die Zunahme der katholischen Gemeinden und Kirchen in der Mark und in Berlin. Neuerdings ist in Kottbus wieder eine neue katholische Gemeinde gestiftet und eine Kirche gebaut worden; andere sind in Briezen, Neustadt-Gerswalde, Spandow, Brandenburg, Luckenwalde, hier in Berlin die Michaeliskirche und die in der großen Hamburger Straße im Bau begriffene.

**Berlin, den 14. Januar.** Die Leitung der „Constitutionellen Zeitung“ hat einen Wechsel erfahren. Die entschiedene Haltung, welche die Zeitung seit dem vorigen Frühjahr beobachtet, ist von einem bedeutenden Theile der sogenannten constitutionellen Partei nicht gebilligt worden. In Folge dessen sind seit dem 6. Januar die Herren v. Bardeleben und Dr. Frensdorff, welche bisher für die Leitartikel wirkten, ausgeschieden.

**Wien, den 11. Januar.** Die „Presse“ enthält heute einen sehr bemerkenswerthen Artikel über die handelspolitische Frage, in welchem als Gegenfuß zu den preussischerseits veranlaßten Veröffentlichungen eine historische Darstellung des Entstehens des Dresdener Entwurfs vom österreichischen Standpunkte aus gegeben wird. Am Schluß des Artikels wird die Eventualität erwoogen, wenn die Anbahnung eines allgemeinen Zoll-Verbandes scheitern sollte. Wir erfahren von der „Presse“, daß sich in diesem Falle Deutschland in zwei Handels-Gebiete theilen soll.

**Sondershausen, den 12. Januar.** Als der Nachfolger des bekanntlich abgetretenen Ministers Chop im Ministerium wird der Landrath v. Münchhausen aus Weiskensee bezeichnet, so daß dann beide Schwarzburgische Fürstenthümer Preussische Staatsmänner an der Spitze ihrer Verwaltung hätten.

## Frankreich.

**Paris, den 11. Januar.** Auch die Deportationen finden in der „N. Br. Z.“ Vertheidigung. „Die Maßregel, welche über 66 ehemalige Repräsentanten die Deportation und über eisk andere die Verbannung aus Frankreich, verhängt, hat, wie man sich nicht verbergen kann, in Paris einen tiefen, aber jedenfalls sehr heilsamen Eindruck hervorgerufen. Die Franzosen sind ein viel zu leichtbewegliches und großentheils leichtsinniges, ja leichtfertiges Volk, als daß eine andere, als die kräftigste Verfahrensweise für sie gemeinverständlich wäre. Jetzt ist es einem Jeden klar geworden, daß die Regierung des Präsidenten der Republik auf keine Weise gesonnen ist, mit sich spaßen zu lassen. Nichts Anderes, als daß man sich dies gefallen ließ, hat sowohl die Restauration als die Julidynastie gestützt. Wenn auswärtige Blätter von einer Anregung sprechen sollten, welche durch die Maßregeln Ludwig Napoleons hervorgerufen wäre, so kann dies ohne weiteres als eine Unwahrheit bezeichnet werden. Zuwiderstehen wagen diejenigen, die, als Freunde und Gesinnungsgenossen der Verbannten, wirklich unzufrieden sein mögen, keinen Lauf von sich zu geben, was wenigstens in Frankreich allein schon jede Anregung ausschließt. In einigen ehemals orleanistischen Salons wird allerdings ein gewisses Mißvergnügen zur Schau getragen, was aber durchaus unbeachtet bleibt. Sodann ist jeder Verständige bei aller Streng- und Härte der Maßregeln von ihrer unbedingten Nothwendigkeit überzeugt. Die 66 zur Deportation bestimmten Repräsentanten sind ohne Ausnahme die tollsten und unverbesserlichsten Aufwiegler, die unschädlich gemacht werden mußten. Daß auch Victor Hugo's Name sich unter ihnen befindet, hat der Poet wohl verdient; seine Person hat der elende pralischerseits Feigling ohnedies in Sicherheit gebracht. Eben so wenig aber kann man die wenigen — eisk Generale und Deputirten der sogenannten Ordnungspartei beklagen, die aus Frankreich verwiesen werden, da sie ihr noch sehr mildes Schicksal durch ihre heillosen Ränke nur sich selbst bereitet haben. Wie weit Ludwig Napoleon bei dieser Maßregel davon entfernt war, sich irgend

durch persönliche Rache bestimmen zu lassen, zeigt die Thatfache außer Zweifel, daß General Cavaignac, der immer sein entschiedener erklärter Feind war, aber niemals intriguet hat, ungestört in Frankreich bleibt.“

## Belgien.

**Brüssel, den 12. Januar.** Zbiers ist gestern nach London abgegangen, Changanier soll ihn bis Wechel begleitet haben. Bedeau soll leidend in Mons sein. (Z. D. d. R. Pr. St.-Anz.)

## Schweiz.

**Bern, den 11. Januar.** Die Entscheidung über die nächste Zukunft unserer politischen Verhältnisse rückt näher. Die Mitglieder der radikalen Minderheit im großen Rath haben nämlich, nach Befestigung mancher entgegenstehenden Meinungen, die besonders aus dem Emmenthal und Ob- und Nid-Valais geltend gemacht wurden, beschlossen, nach Beratung der Minderheitsanträge der Opposition die Abberufungsfrage vor das Volk zu bringen. Die konservative Partei sieht diesen Beschluß nicht ungerne; sie hofft mit Bestimmtheit siegreich aus dem beginnenden Kampfe hervorzugehen, und dann mit mehr Thakraft das Staatsruder führen zu können. Wir geben wichtigen Tagen entgegen, nicht nur für den Kanton Bern, sondern für die ganze Eidgenossenschaft; denn erhalten die Konservativen im neuen großen Rath eine bedeutende Mehrheit, so wird sich ihr Prinzip bald auch in Freiburg und andern Kantonen Geltung verschaffen.

## Italienische Staaten.

**Turin, Freitag den 9. Januar.** Depretis greift den österreichischen Handelsvertrag auf das Heftigste an. Der Handelsminister vertheidigt ihn als den vortheilhaftesten aller bisherigen Handelsverträge. (Z. D. d. G. B.)

## Türkei.

**Konstantinopel, Sonnabend den 3. Januar.** Herr v. Kavalette hat ein Ultimatum abgegeben und konserirt seitdem nicht mehr mit den Ministern. (Z. D. d. G. B.)

## Bermischtes.

Nach einem Beschlusse des Gemeinderaths zu Weimar sind jetzt mehrere dortige Straßen und Plätze nach den Namen der Helden weisland Im-Althens umgetauft worden. Die „Esplanade“, an der das Haus Schillers steht, heißt jetzt „Schillerstraße“; in ähnlicher Weise haben wir einen „Götheplatz“ und eine „Wielandsstraße“ erhalten. Auch der Platz vor der Stadtkirche soll nicht mehr „Löffelmarkt“ (zu Deutsch Topfmarkt), sondern „Herderplatz“ heißen.

## Geschichtskalender für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg.

16. Januar.

1759. J. Fr. Schleußner, Professor der Theologie in Wittenberg, wird zu Leipzig geboren.

## Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 14. bis 15. Januar.

**Im Kronprinzen:** Hr. Oubsel. Graf v. d. Schulenburg a. Wipeburg. Hr. Particul. Sildebrandt a. Wadegburg. Hr. Oubsel. Baron v. Krupstedt a. Weiskensfeld. Die Hrn. Kauf. Wähler a. Mainz, Erker a. Ebnitz, Hartmann a. Köln, Kalkhoff a. Berlin, Dähne a. Inspruck, Sommerfeld a. Berlin. **Stadt Jülich:** Hr. Inspect. Keibel a. Keinsdorf. Die Hrn. Kauf. Harberg a. Berlin, Drobst a. Langenau, Robben a. Wadegburg, Pastor a. Crefeld, Müller a. a. Kassel, Herfeld a. Dessau, Art a. Aheid. **Goldner Ring:** Hr. Kaufm. Zeising a. Brebna. Hr. Bergoffe. Braune a. Haanover. Hr. Dekonon Polzbauer a. Wendorf. Die Hrn. Oubsel. Reiche a. Köbnitz u. Alendorf a. Oberwick. **Goldner Bär:** Hr. Pastor Mohr a. Cönnern. Hr. Superint. Mohr a. Kosof. Hr. Direkt. Meyer a. Potsdam. Die Hrn. Kauf. Leidenfrost a. Pegau, Lasgemann a. Liegnitz, Hermann a. Nonneburg, Hauschild a. Priesnitz. **Englischer Hof:** Hr. Dr. Colbing a. Frankfurt. Hr. Amtm. Dellbang a. Dessau. Hr. Gastw. Stein a. Penig. Die Hrn. Kauf. Noß a. Berlin, Elkan a. Jeselnitz, Elbington a. Herslohn. **Stadt Hamburg:** Hr. Rittergutsbes. Paeske a. Pommern. Hr. Mühlenbes. Schneider a. Artern. Hr. Amtm. Warbäl a. Kriegsborn. Hr. Post-Inspe. Frisch a. Merseburg. Hr. Feur. v. d. Mühlen a. Sangerhausen. Die Hrn. Kauf. Wilske a. Leipzig u. Eräger a. Chemnitz. **Schwärzer Bär:** Die Hrn. Kauf. Helmhald a. Weimar u. Kühne a. Halberstadt. Hr. Fabrik. Winkelfeld a. Limburg. Hr. Techn. Geisler a. Anspach. **Eisenbahnhof:** Hr. Kaufm. Köbler a. Frankfurt. Hr. Fabrik. Beyer a. Berlin. Hr. Particul. Schelle a. Hamburg. Fr. Arboan a. Straßburg. **Chüringer Bahnhofs:** Hr. Advokat Sangerleben a. Schwedt. Hr. Inspect. Bunsderlich a. Frankfurt. Hr. Gouverneur de Rotjan a. Kusland. Hr. Kammerger. Mefer. Wegner a. Berlin. Die Hrn. Kauf. Müller a. Ermitzschau, Gerlach a. Leipzig, Hinbitz a. Krakau, Lewi a. Eckartsberge.

## Meteorologische Beobachtungen.

	14. Januar.	Morgens 6 Uhr.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.	Tagesmittel.
Lufdruck . . .	27 p. 3. 8,4 p. 2.	27 p. 3. 9,3 p. 2.	27 p. 3. 10,3 p. 2.	27 p. 3. 9,3 p. 2.	
Lufwärme . . .	6,1 Gr. Rm.	7,6 Gr. Rm.	6,1 Gr. Rm.	6,6 Gr. Rm.	
Wetter . . .	trübe.	trübe.	trübe.	trübe.	
Wind . . .	W.	W.	W.	W.	

